

- Vorabdruck -

Erfurt, 6. Mai 2020

Drucksache 7/733
zu Drucksache 7/686

Antrag

der Fraktion der CDU

Entschließung

zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 7/686 -

„Thüringer Gesetz zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie (ThürCorPanG)“

Initiative zur beschleunigten Durchführung von Schnelltests und Antikörpertests

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. zügig zusätzliche Schnelltestkapazitäten aufzubauen, sodass jeder Klinik, jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt wenigstens zwei Geräte zur Verfügung stehen;
2. bekannte Thüringer Hersteller bei dem Produktionsaufbau und gegebenenfalls der -erweiterung zu unterstützen;
3. medizinisches Personal und Patienten in Kliniken schnellstmöglich zu testen;
4. den am Jenaer Leibniz-Institut entwickelten Antikörper-Schnelltest schnellstens in notwendiger Stückzahl zu beschaffen, zu reservieren und zu bestellen, um
 - I. in einem ersten Schritt medizinisches Personal und Erkrankte in Kliniken zügig zu testen;
 - II. Mittels dieses Verfahrens über das so genannte sentinel-testing zufällig ausgewählte Bevölkerungsteile zu untersuchen, um herauszufinden, wie hoch der Anteil in der Bevölkerung ist, der diese Krankheit bereits durchlaufen hat;



- III. weiterhin alle in Quarantäne befindlichen Personen nach Ablauf einer Frist von vierzehn Tagen einem Antikörpertest zu unterziehen;
 - IV. alle Thüringer Blutspendestellen in die Lage zu versetzen, Spender auf Antikörper zu untersuchen;
 - V. parallel mit dem Aufbau weiterer Teststationen zu beginnen;
5. für diese Initiativen entsprechende Mittel in dem Sondervermögens "Hilfe zur Überwindung direkter und indirekter Folgen der Corona-Pandemie" vorzusehen.

Begründung:

Das Wissen, wer mit Corona infiziert ist, ist Grundlage aller weiteren Maßnahmen zur Bekämpfung des Virus. Deshalb braucht es tragfähiger Maßnahmen, um schneller zu testen, mehr Schnelltests durchzuführen und mehr Klarheit über das Infektionsgeschehen zu schaffen. Diese Schuldigkeit besteht nicht zuletzt gegenüber den Bürgern des Freistaates, die mehrheitlich die Vorgaben zur sozialen Distanzierung achten, um insbesondere gefährdete Menschen innerhalb der Gesellschaft zu schützen. Es ist jedoch erkennbar, dass die Akzeptanz für die massiven Einschränkungen einer nachvollziehbaren Perspektive bedarf. Antikörpertests bieten die Chance auf Normalisierung. Nach positiven Tests können Menschen, die eine Immunisierung gegen den Virus aufbauen konnten, Stück für Stück in den gewohnten Alltag zurückkehren. Dies ist umso schneller und flächendeckender möglich, als Tests bereitgestellt werden.

Für die Fraktion:



Andreas Bühl MdL